SALZBURGER LANDTAG

Ausschuss-Beratungen am 2. Dezember 2026 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 2. Dezember 2026 ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können live angeschaut werden.

TOP 1 (9:00 Uhr): Finanzmarkt-Aufsicht

Der Antrag der ÖVP wird
im Finanz-Ausschuss diskutiert:

Die Finanzmarkt-Aufsicht ist eine staatliche Stelle.
Sie passt auf,
dass Banken und andere Finanz-Geschäfte
sich an die Regeln halten.

Die ÖVP sagt:
Viele andere Stellen kontrollieren auch.
Zum Beispiel die Nationalbank
oder die Europäische Zentralbank.
Das führt oft zu doppelten Kontrollen.
Das macht alles langsam und kompliziert.

Es soll klare und einfache Regeln geben.
Die Aufsicht soll weiter stark bleiben.
Die Aufsicht soll schneller und verständlicher arbeiten.

Die ÖVP will:
Es soll ein neues Gesetz geprüft werden.
Dieses Gesetz soll die Aufsicht vereinfachen.
Doppelte Aufgaben und unnötige Bürokratie sollen wegfallen.

TOP 2 (10:00 Uhr):
Entlastung für Justiz-Wache

Der Antrag der FPÖ wird
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Die FPÖ sagt:
In der Justizanstalt Salzburg in Puch-Urstein
sind zu viele Menschen im Gefängnis.
Es gibt zu wenig Personal.
Die Mitarbeiter haben viele Aufgaben.
Die Mitarbeiter müssen sehr viele Überstunden machen.
Das ist nicht gut und nicht sicher.

Die FPÖ will:
Offene Stellen sollen schnell besetzt werden.
Es soll geprüft werden,
wie viel Personal wird wirklich gebraucht.
Es mehr Stellen geben.

Insassen sollen auf andere Gefängnisse verteilt werden.
Es soll geprüft werden,
ob es mehr Haftplätze braucht.

Die Arbeitsbedingungen für die Justizwache
sollen besser werden.
Es soll genug Personal geben.
Die Mitarbeiter sollen weniger Überstunden machen müssen.

TOP 3 (10:30 Uhr):
Betreutes Wohnen

Der Antrag der SPÖ wird
im Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit diskutiert:

Betreutes Wohnen ist eine Wohnform
für ältere Menschen oder
Menschen, die Unterstützung brauchen.
Beim betreuten Wohnen hat man seine eigene Wohnung.
Die Wohnungen sind barrierefrei.
Wenn es nötig ist,

kommt jemand nach Hause und hilft.
Viele ältere Menschen wollen so wohnen.

Es gibt auch „betreubares Wohnen“.
In Salzburg gibt es dafür keine klaren Regeln:
Was ist „betreutes Wohnen“
und was ist „betreubares Wohnen“.

Die SPÖ will klare Regeln.
Es soll eine rechtliche Absicherung für betreutes Wohnen geben.
Es soll feste Qualitäts-Standards geben.
Die Standards sollen in der Soziale-Dienste-Verordnung stehen.

Es soll verlässliche Förderungen geben.
Die Förderungen sollen für mehrere Jahre gelten.
Das hilft bei der Planung.
Das hilft Betreibern und Bewohnerinnen und Bewohnern.

Außerdem:
Es soll gestaffelte Förderungen je nach Einkommen geben.
Das bedeutet:
Menschen mit wenig Geld bekommen mehr Unterstützung.

TOP 4 und 5 (11:00 Uhr): Infrastruktur Bereitstellungsbeitrag

Die Anträge von KPÖ PLUS und GRÜNEN werden
im Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr diskutiert:

Es gibt viel ungenutztes Bauland in Salzburg.
Manche Grundstücke sind für den Wohnbau geplant,
Manche sind für Unternehmen vorgesehen.

Für Grundstücken für den Wohnbau gilt:
Wenn auf einem Grundstück NICHT gebaut wird,
müssen die Eigentümer einen Beitrag zahlen.
Der Beitrag heißt: Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrag.
Die Abkürzung dafür ist IBB.

Wofür ist der Beitrag?
Die Kosten für die Infrastruktur müssen bezahlt werden.
Zum Beispiel:

die Kosten für Straßen,
die Kosten für Wasser und für Leitungen.

KPÖ PLUS und GRÜNE wollen:
Der Beitrag soll höher werden.
So sollen mehr Grundstücke bebaut werden.
Gemeinden sollen entlastet werden.

Die GRÜNEN wollen außerdem:
Der Beitrag soll jedes Jahr automatisch mit den Preisen mitsteigen.
Die Landesregierung soll einen Gesetzesvorschlag machen.

TOP 6 (12:00 Uhr):
Prävention von Femiziden

Der Antrag der GRÜNEN wird
im Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit diskutiert:

Unter Femizid versteht man die Tötung von Frauen.
Die Frauen werden vorsätzlich getötet.
Die Frauen werden getötet,
weil sie Frauen sind.

Die GRÜNEN sagen:
Es gibt öfter Gewalt an älteren Frauen
als gegen andere Menschen.
Oft sind die Täter die Ehemänner.
Es kann sein,
dass die Männer eine Depression haben
oder mit der Pflege überfordert sind.

Frauen in Pflege-Situationen brauchen besonderen Schutz.
Gewalt gegen Frauen muss früh verhindert werden.

Die GRÜNEN wollen:
Es ist wichtig, über Gewalt-Prävention im Alter zu sprechen.
Für die Prävention ist wichtig,
die psychische Gesundheit von älteren Männern
in Pflege-Situationen genauer anzuschauen.

Schutz-Konzepte gegen Gewalt
für ältere Frauen sollen ausgebaut werden.

Pflegende Angehörige sollen besser entlastet werden.
Es soll mehr Forschung und Daten
zu Gewalt im Alter geben.

TOP 7 (14:00 Uhr): Zusammenarbeit im Rettungsdienst

Der Antrag der ÖVP wird
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Es ist wichtig,
dass Menschen im Notfall schnell Hilfe bekommen.
Die Rettung darf nicht an der Staatsgrenze stoppen.
Österreich arbeitet mit anderen Nachbarstaaten
im Rettungsdienst schon zusammen.
Salzburg arbeitet eng mit Bayern zusammen.

Die ÖVP will:
Es soll einen Vertrag für die Zusammenarbeit im Rettungsdienst
zwischen Österreich und Deutschland geben.
So kann die Zusammenarbeit
leichter und schneller werden.

Die Bedürfnisse der Grenzregion Salzburg
sollen besonders beachtet werden.
Salzburg soll mit den bayerischen Stellen
und den Rettungsorganisationen
eine konkrete Zusammenarbeit vorbereiten.

TOP 8 (14:30 Uhr): Bekämpfung illegaler Hawala-Systeme

Der Antrag der FPÖ wird
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Hawala ist eine Art, Geld zu schicken,
ohne eine Bank zu benutzen.
Das Hawala-System kann in Österreich illegal sein.

Warum?
In Österreich gelten strenge Regeln für Bank-Geschäfte.
Man braucht eine Bewilligung.
Es gelten Regeln gegen Geldwäsche.
Oft werden die Systeme von Kriminellen genutzt.
Zum Beispiel im Drogenhandel.

Die FPÖ will:
Illegale Geldtransfers sollen gerichtlich strafbar sein.
Es soll auch eine Gefängnis-Strafe möglich sein.
In Österreich gibt es bisher dafür Verwaltungsstrafen.

Die Behörden sollen besser zusammenarbeiten.
Sie sollen mehr kontrollieren.
Illegales Geld soll schneller gesichert werden.
Es soll schneller weggenommen werden.

TOP 9 (15:30 Uhr):
Pflichtpraktikum für Schüler:innen

Der Antrag der SPÖ wird
im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur diskutiert:

Ein Pflichtpraktikum ist ein Teil der Ausbildung.
Schüler:innen arbeiten
für eine bestimmte Zeit in einem Betrieb.
Sie lernen, wie man in der Praxis arbeitet.

Das Praktikum ist nötig für den Schul-Abschluss.
Oder damit die Schüler:innen die Ausbildung abschließen können.
Es gibt ein Problem:
Viele Schüler:innen finden keinen Praktikums-Platz.

Die SPÖ will:
Das Land Salzburg, die SALK und die Unternehmen
sollen mehr Praktikumsplätze anbieten.
Jedes Jahr soll es eine feste Anzahl an Plätzen geben.

Es soll eine Internet-Seite geben.
Dort stehen geprüfte Pflichtpraktikums-Plätze

im Land Salzburg.
So finden Schüler:innen und Betriebe besser zusammen.

Betriebe, die besonders viele Praktikant:innen nehmen,
sollen weniger Aufwand und Kosten haben.

Es soll einen einfachen Leitfaden
für gute Praktika geben.
Schüler:innen sollen passende Aufgaben lernen.
Sie sollen eine faire Aufwandsentschädigung bekommen.

Eine Info-Kampagne soll Firmen zeigen,
dass Praktikant:innen wichtig sind.
Sie werden später Fachkräfte.

TOP 10 (16:00 Uhr):
Protokolle von Gemeindevertretungs-Sitzungen

Der Antrag der KPÖ PLUS wird
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Es geht um mehr Transparenz in Gemeinden.

Transparenz bedeutet:
Etwas ist klar und offen.
Informationen werden erklärt.
Nichts Wichtiges wird versteckt.
Man kann nachsehen,
wer was entschieden hat.

Zum Beispiel:
Eine Gemeinde stellt Protokolle ins Internet.
Alle können lesen,
was besprochen und beschlossen wurde.

Die KPÖ PLUS will:
Die Gemeindeordnung soll geändert werden.
Das soll geändert werden:
Protokolle von öffentlichen Gemeinderat-Sitzungen
sollen online stehen.

Jede Gemeinde soll diese Protokolle
auf ihrer Website veröffentlichen.
Nur der öffentliche Teil wird veröffentlicht.
Geheime Teile nicht.
Persönliche Daten sollen weggelassen werden.
Es soll klare Regeln für die Veröffentlichung geben.

TOP 11 (16:30 Uhr):
Strafen für Raser

Der Antrag der GRÜNEN wird
im Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität diskutiert:

Die GRÜNEN sagen:
Viele Menschen fahren zu schnell.
Das ist gefährlich.

Die Strafen sind oft sehr niedrig.
Hohe Toleranz-Grenzen bei Messungen
machen es noch leichter für Raser.
Strengere Regeln sollen Leben retten
und Raser besser stoppen.

Die GRÜNEN wollen:
Die Toleranz-Grenzen bei Radarkontrollen
sollen kleiner werden.
Behörden sollen Daten austauschen.

Die Strafe soll so hoch wie erlaubt sein.
Besonders wenn jemand schon öfter zu schnell gefahren ist.
Wiederholungstäter sollen härter bestraft werden.

Außerdem:
Es soll ein Register für Verwaltungsstrafen in ganz Österreich geben.

Wörterbuch:

Hawala-System:

Das Hawala-System ist ein Weg,
um Geld in ein anderes Land zu schicken.
Dabei arbeitet man NICHT mit einer normalen Bank.

So funktioniert es:
Du gibst einer Person Bargeld.
Du sagst dieser Person,
wer das Geld in einem anderen Land bekommen soll.
Die Person ruft einen Partner im anderen Land an oder schreibt ihm.
Der Partner dort gibt das Geld an die richtige Person aus.

Das echte Geld reist dabei NICHT über die Grenze.
Die Helfer merken sich nur,
wer wem noch Geld schuldet.

Weil das System ohne Bank funktioniert,
kann man es manchmal schwer prüfen.
Darum schauen Behörden genau hin.

Prävention:

Prävention bedeutet
im Vorhinein.
Das bedeutet:
Man muss handeln,
bevor etwas Schlimmes passiert.
Damit es nicht passiert.

Toleranz-Grenze:

Die Toleranz-Grenze ist ein Sicherheits-Puffer
bei der Geschwindigkeits-Messung.
Wenn die Polizei dich blitzt,
zieht sie von deiner gemessenen Geschwindigkeit

einen kleinen Wert ab.
So gleicht sie kleine Fehler beim Messgerät aus.

Verwaltungsstrafe:

Eine Verwaltungsstrafe ist eine Strafe von einer Behörde,
nicht von einem Gericht.
Man bekommt sie,
wenn man Regeln verletzt.
Zum Beispiel zu schnell fährt oder falsch parkt.
Meist ist es eine Geldstrafe.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:
zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst. Teile des Textes wurden mit KI-Unterstützung erstellt.
Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von capito Graz als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den Salzburger Landtag in Leichter Sprache

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.